

NATO-Gipfelkonferenz in Rom

Tagung der Staats- und Regierungschefs des Nordatlantikrates am 7. und 8. November 1991

Erklärung von Rom über Frieden und Zusammenarbeit

Wir, die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses, sind in Rom zusammengekommen, um ein neues Kapitel in der Geschichte unserer Allianz aufzuschlagen. Die weitreichenden Entscheidungen, die wir hier getroffen haben, kennzeichnen einen wichtigen Abschnitt in der Umgestaltung des Bündnisses, die wir im vergangenen Jahr in London auf den Weg brachten.

2. Die Welt hat sich tiefgreifend verändert. Das Bündnis hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet. Die Völker Nordamerikas und ganz Europas können jetzt zu einer Wertegemeinschaft zusammenfinden, die auf Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit beruht. Als treibende Kraft des Wandels, Quelle der Stabilität und unverzichtbarer Garant der Sicherheit ihrer Mitglieder wird unsere Allianz auch künftig eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer neuen, dauerhaften Friedensordnung in Europa spielen, einem Europa der Zusammenarbeit und des Wohlstands.

Eine neue Sicherheitsarchitektur

3. Die Herausforderungen, die sich uns in diesem neuen Europa stellen werden, können nicht von einer Institution allein, sondern nur in einem Geflecht ineinandergreifender Institutionen, das die Staaten Europas und Nordamerikas miteinander verbindet, umfassend aufgegriffen werden. Deshalb arbeiten wir auf eine neue Sicherheitsarchitektur hin, in der die NATO, die KSZE, die Europäische Gemeinschaft, die WEU und der Europarat einander ergänzen. Regionale Kooperationsstrukturen werden auch wichtig sein. Dieses Zusammenwirken ist von größter Bedeutung, wenn es darum geht, Instabilität und Spaltungen zu verhindern, die aus verschiedenen Ursachen wie zum Beispiel wirtschaftlichen Ungleichgewichten oder gewalttätigem Nationalismus entstehen könnten.

Die künftige Rolle des Bündnisses: Unser neues Strategisches Konzept

4. Gestern veröffentlichten wir unser neues Strategisches Konzept. Unsere Sicherheit hat sich wesentlich verbessert. Wir sehen uns nicht mehr der alten Bedrohung durch einen massiven Angriff ausgesetzt. Es ist jedoch ein Gebot der Vorsicht, daß wir ein strategisches Gesamtgleichgewicht aufrechterhalten und bereit bleiben, möglichen Sicherheitsrisiken zu begegnen, die aus Instabilität oder Spannung erwachsen können. Unser Bündnis, das die in einer bedeutenden Präsenz nordamerikanischer Streitkräfte in Europa zum Ausdruck gelangende wichtige transatlantische

Verbindung gewährleistet, bleibt in einem Umfeld von Ungewißheit und unvorhersehbaren Herausforderungen von dauerhaftem Wert.

Unser neues Strategisches Konzept bekräftigt die Kernfunktionen der NATO und ermöglicht es uns, angesichts der grundlegend veränderten Lage in Europa, unseren breit angelegten Ansatz für Stabilität und Sicherheit, der die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Aspekte zusammen mit der unverzichtbaren Verteidigungsdimension umfaßt, zu verwirklichen.

Noch nie waren die Chancen größer, unsere Bündnisziele im Einklang mit Artikel 2 und 4 des Vertrages von Washington mit politischen Mitteln zu erreichen. Folglich kann unsere Sicherheitspolitik nun auf drei sich gegenseitig stärkende Elemente abgestützt werden: Dialog, Kooperation und die Aufrechterhaltung kollektiver Verteidigungsfähigkeit. Der angemessene Gebrauch dieser Elemente wird besonders wichtig sein, wenn es darum geht, unsere Sicherheit berührende Krisen zu verhüten oder zu bewältigen.

5. Die militärische Dimension unseres Bündnisses bleibt ein wesentlicher Faktor. Neu ist jedoch, daß mehr als je zuvor diese Dimension einem breit angelegten Sicherheitskonzept dienen wird. Die Allianz bleibt weiterhin ausschließlich auf Verteidigung ausgerichtet; sie wird ihre auf einer integrierten Militärstruktur und auf Kooperations- und Koordinationsvereinbarungen beruhenden kollektiven Vorkehrungen sowie für die vorhersehbare Zukunft eine geeignete Zusammensetzung konventioneller und nuklearer Streitkräfte beibehalten.

Unsere Streitkräfte werden sich ihren neuen Aufgaben anpassen, wobei sie kleiner und flexibler werden. Deshalb werden unsere konventionellen Streitkräfte beträchtlich reduziert, wie auch in vielen Fällen ihr Bereitschaftsgrad herabgesetzt wird. Sie werden auch gesteigerte Beweglichkeit erhalten, um auf ein breites Spektrum von Krisen reagieren zu können. Sie werden so strukturiert, daß sie, sowohl zur Krisenbewältigung als auch zur Verteidigung in der Lage sind, wenn nötig mit Hilfe ihrer Fähigkeit zum flexiblen Aufwuchs. Multinationale Verbände werden in der integrierten Militärstruktur eine größere Rolle spielen.

Die der NATO unterstellten nuklearen Waffen werden beträchtlich reduziert werden: Der gegenwärtige NATO-Bestand substrategischer Waffen in Europa wird gemäß den Beschlüssen der Nuklearen Planungsgruppe von Taormina um etwa achtzig Prozent vermindert werden. Der fundamentale Zweck der nuklearen Streitkräfte der Verbündeten bleibt politisch: den Frieden zu wahren und Krieg oder jede Art von Zwang zu verhindern.

Europäische Sicherheitsidentität und Rolle in der Verteidigung

6. Wir bekräftigen den von unseren Außenministern in Kopenhagen gefundenen Konsens. Die Entwicklung einer europäischen Sicherheitsidentität und Rolle in der Verteidigung, reflektiert in der weiteren Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis, wird die Integrität und Wirksamkeit des Atlantischen

Bündnisses verstärken. Die Ausweitung der Rolle und Verantwortung der europäischen Bündnismitglieder ist eine wichtige Grundlage für die Umgestaltung der Allianz. Diese beiden positiven Prozesse stärken sich gegenseitig.

Wir sind entschlossen, parallel zur Herausbildung und Entwicklung einer europäischen Sicherheitsidentität und Rolle in der Verteidigung die wesentliche transatlantische Bindung zu stärken, die das Bündnis gewährleistet, und in vollem Umfang die strategische Einheit und die Unteilbarkeit der Sicherheit aller unserer Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten. Die Allianz ist das wesentliche Forum für Konsultationen unter den Verbündeten und für die Vereinbarung von politischen Maßnahmen, die sich auf die Sicherheits- und Verteidigungsverpflichtungen ihrer Mitgliedstaaten nach dem Nordatlantikvertrag auswirken. Wir sind uns darüber im klaren, daß es Sache der betreffenden europäischen Verbündeten ist, darüber zu entscheiden, welche Maßnahmen zur Formulierung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie Verteidigungsrolle erforderlich sind.

Darüber hinaus sind wir uns einig, daß wir in dem Maße, in dem die beiden Prozesse sich entwickeln, praktische Vorkehrungen mit dem Ziel treffen werden, die gebotene Transparenz und Komplementarität zwischen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, so wie sie sich unter den Zwölf und in der WEU herausbildet, und dem Bündnis zu gewährleisten.

7. Wir begrüßen den Geist der Bereitschaft, in dem diejenigen Verbündeten, die zugleich Mitglieder der Zwölf und der WEU sind, die anderen Bündnispartner über den Fortschritt ihrer laufenden Erörterungen der Entwicklung der europäischen Identität und über andere Fragen, wie zum Beispiel ihre Friedensbemühungen in Jugoslawien, ständig unterrichten.

Zwischen den Zwölf und der WEU einerseits sowie der Allianz andererseits werden geeignete Verbindungen und Konsultationsmechanismen entwickelt, um zu gewährleisten, daß Mitgliedstaaten, die gegenwärtig nicht an der Entwicklung einer europäischen Identität zur Außen- und Sicherheitspolitik sowie Verteidigung teilnehmen, angemessen an ihre Sicherheit betreffenden Entscheidungen beteiligt werden.

Das neue Strategische Konzept des Bündnisses, als vereinbarte konzeptionelle Grundlage für die Streitkräfte aller Verbündeten, sollte die notwendige Komplementarität zwischen der Allianz und der sich herausbildenden Verteidigungskomponente des europäischen Integrationsprozesses erleichtern. Im fortschreitenden Umgestaltungsprozeß des Bündnisses beabsichtigen wir, den bestehenden operationellen Verbund, auf dem unsere Verteidigung beruht, zu wahren. Wir begrüßen die Perspektive einer Verstärkung der Rolle der WEU sowohl als Verteidigungskomponente im Prozeß der europäischen Einigung wie auch als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis, wobei wir uns der unterschiedlichen Qualität ihrer Beziehungen mit der Allianz und mit der Europäischen Politischen Union bewußt sind.

8. Wir stellen die schrittweise Konvergenz der Ansichten in den Erörterungen

über die sich entwickelnde europäische Sicherheitsidentität und Rolle in der Verteidigung fest, die mit der bereits in unserem Bündnis vorhandenen gemeinsamen Verteidigungspolitik vereinbar ist. Wir sind zuversichtlich, daß im Einklang mit dem Konsens von Kopenhagen das Ergebnis dieser Erörterungen einen Beitrag zu einer festen, neuen transatlantischen Partnerschaft durch Stärkung der europäischen Komponente in, einer umgestalteten Allianz leisten wird. Wir werden dazu beitragen, diese Entwicklung voranzutreiben.

Beziehungen mit der Sowjetunion und den anderen Staaten
Mittel und Osteuropas: Ein qualitativer Schritt vorwärts

9. Wir haben die Entwicklung der Demokratie in der Sowjetunion und den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas stets gefördert. Wir begrüßen daher das Bekenntnis dieser Staaten zu politischer und wirtschaftlicher Reform, nachdem ihre Völker die totalitäre kommunistische Herrschaft abgeschüttelt haben. Wir begrüßen, daß die baltischen Staaten jüngst ihre Unabhängigkeit wiedererlangt haben. Wir werden alle Schritte in den Staaten Mittel- und Osteuropas auf dem Wege der Reform unterstützen und praktische Hilfe leisten, damit sie diesen schwierigen Übergang bewältigen. Wir stützen uns hierbei auf unsere Überzeugung, daß unsere Sicherheit mit der aller anderen Staaten in Europa untrennbar verknüpft ist.

Das Bündnis kann dazu beitragen, in diesen Staaten ein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens zu fördern, wodurch ihre Fähigkeit gestärkt wird, ihre KSZE-Verpflichtungen zu erfüllen und den demokratischen Wandel unwiderruflich zu machen. In dem Bestreben, seinen Beitrag zum Entstehen des einen und freien Europa zu verstärken, hat unser Bündnis auf dem Londoner Gipfel den Staaten Mittel- und Osteuropas die Hand zur Freundschaft gereicht und ständige diplomatische Verbindung mit ihnen aufgenommen.

Zusammen unterzeichneten wir die Gemeinsame Erklärung von Paris. Im vergangenen Juni ergriff die Allianz in Kopenhagen weitere Initiativen zur Entwicklung einer Partnerschaft mit diesen Staaten. Unser umfangreiches Programm von Besuchen auf hoher Ebene, Meinungsaustausch über Sicherheits- und damit zusammenhängende Fragen, intensivierter militärischer Kontakte sowie Erfahrungsaustausch in verschiedenen Bereichen hat seinen Wert erwiesen und wesentlich zum Aufbau eines neuen Verhältnisses zwischen der NATO und diesen Staaten beigetragen.

Dies ist ein dynamischer Prozeß: Das Gedeihen demokratischer Institutionen in ganz Mittel- und Osteuropa und ermutigende Erfahrungen in der Zusammenarbeit ebenso wie der Wunsch dieser Staaten nach engeren Bindungen machen es uns zur Aufgabe, unsere Beziehungen mit ihnen auszuweiten, zu verstärken und auf eine qualitativ neue Ebene anzuheben.

11. Daher beabsichtigen wir, als nächsten Schritt ein stärker institutionalisiertes Verhältnis der Konsultation und Kooperation in politischen und Sicherheitsfragen zu entwickeln. In diesem Stadium des Prozesses laden wir die Außenminister der Republik Bulgarien, der Republik Estland, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Polen, der

Republik Rumänien, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, der Republik Ungarn und der Sowjetunion dazu ein, sich im Dezember 1991 mit unseren Außenministern in Brüssel zu treffen und eine Gemeinsame Politische Erklärung zu verabschieden, um diese neue Ära der Partnerschaft einzuleiten sowie die Modalitäten und den Inhalt dieses Prozesses näher zu bestimmen.

Wir schlagen insbesondere folgende Aktivitäten vor:

- Jährliche Treffen mit dem Nordatlantikrat auf Minister-ebene, die als Nordatlantischer Kooperationsrat bezeichnet werden könnten;
- periodische Treffen mit dem Nordatlantikrat auf Botschafterebene;
- zusätzliche Treffen mit dem Nordatlantikrat auf Minister- oder Botschafterebene, wenn es die Umstände erfordern;
- regelmäßige Treffen in gemeinsam zu vereinbarenden Zeitabständen mit
- nachgeordneten NATO-Ausschüssen, einschließlich des Politischen und des Wirtschaftsausschusses;
- dem Militärausschuß und, unter seiner Lenkung, anderen NATO-Militärbehörden.

Dieser Prozeß wird zur Verwirklichung der Ziele der KSZE unbeschadet ihrer Zuständigkeit und Mechanismen beitragen. Er wird im Einklang mit den Kernfunktionen des Bündnisses durchgeführt.

12. Unsere Konsultationen und Zusammenarbeit werden sich auf Sicherheits- und damit zusammenhängende Fragen richten, in denen die Verbündeten ihre Erfahrung und ihr Fachwissen anbieten können, wie zum Beispiel Verteidigungsplanung, demokratische Konzepte der Beziehungen zwischen Zivil und Militär, zivil-militärische Koordinierung der Luftverkehrsregelungen und die Umstellung von Verteidigungsproduktion auf zivile Zwecke.

Unsere neue Initiative wird die Beteiligung unserer Partner an den Wissenschafts- und Umweltschutzprogrammen der "Dritten Dimension" unseres Bündnisses verstärken. Sie wird auch die weitestmögliche Verbreitung von Informationen über die NATO in den Staaten Mittel- und Osteuropas ermöglichen, unter anderem auf den durch die diplomatischen Verbindungen geschaffenen Wegen und über unsere Botschaften. Wir werden angemessene Mittel zur Unterstützung unserer Liaison-Maßnahmen bereitstellen.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

13. Wir bleiben der Stärkung des KSZE-Prozesses, der bei der Förderung von

Stabilität und Demokratie in Europa in einem Zeitabschnitt historischen Wandels eine entscheidende Rolle zu spielen hat, tief verpflichtet. Wir werden unsere Bemühungen verstärken, die Rolle der KSZE auszubauen; in erster Linie, um durch Zusammenwirken mit den anderen KSZE-Teilnehmerstaaten sicherzustellen, daß das Folgetreffen von Helsinki im Jahre 1992 zu einem weiteren bedeutenden Schritt beim Bau eines neuen Europa wird. Die KSZE bietet den herausragenden Vorteil, das einzige Forum zu sein, das alle Staaten Europas sowie Kanada und die Vereinigten Staaten auf dem Boden eines gemeinsamen Kodex der Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und wirtschaftliche Freiheit vereint.

Die neuen KSZE-Institutionen und -strukturen, die wir auf dem Londoner Gipfel vorgeschlagen haben und die auf dem Pariser Gipfel geschaffen wurden, müssen gefestigt und weiterentwickelt werden, um der KSZE die Mittel an die Hand zu geben, zur Gewährleistung der vollen Umsetzung der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris und anderer einschlägiger KSZE-Dokumente beizutragen und es der KSZE damit zu ermöglichen, die neuen, auf Europa zukommenden Herausforderungen zu bewältigen. Unsere Konsultationen im Bündnis werden auch künftig eine Quelle von Initiativen zur Stärkung der KSZE sein.

14. Folglich werden wir die Entwicklung der KSZE, als des zu wirksamem Handeln im Einklang mit ihren neuen und gewachsenen Verantwortlichkeiten fähigen Organs, aktiv unterstützen, um ihre Fähigkeit zu Konsultation und Kooperation unter allen Teilnehmerstaaten zu vergrößern, insbe sondere in Fragen der Menschenrechte und der Sicherheit einschließlich Rüstungskontrolle und Abrüstung, sowie zu wirksamen Krisenbewältigung und friedlichen Beilegung von Streitigkeiten in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den KSZE-Prinzipien. Hierzu regen wir an,

- daß der KSZE-Rat, das zentrale Forum für politisch Konsultationen, weiterhin über Fragen beschließt, die sich auf die KSZE sowie auf die Funktionen und Strukturen der KSZE-Institutionen beziehen;

- daß der Ausschuß Hoher Beamter als koordinierende und geschäftsführendes Gremium zwischen Ratstagungen dient und, um die Durchführung von Beschlüssen zu sichern, mit weitergehenden operativen Befugnissen versehen wird und häufiger zusammentritt;

- daß die Fähigkeiten der KSZE zu Konfliktverhütung und Krisenbewältigung verbessert werden, als ein Beitrag sollten, in Ergänzung der ihr durch die Charta von Paris anvertrauten Funktionen, die dem Konfliktverhütungszentrum verfügbaren Mittel gestärkt und flexibler gestaltet werden, damit es die ihm vom KSZE-Rat und dem Ausschuß Hoher Beamter zugewiesenen spezifischen Aufgaben erfüllen kann;

- daß spezifische Aufgaben, die auf einem klar umrissenen Mandat des KSZE-Rats oder des Ausschusses Hoher Beamter beruhen, an Ad-hoc-Gruppen überwiesen werden können;

- daß die Beschlüsse des Folgetreffens von Helsinki die Komplementarität der KSZE-Maßnahmen im Sicherheitsbereich gewährleisten; zu denen unter anderem

Konfliktverhütung, Rüstungskontrolle und Konsultationen aber Sicherheit gehören;

- daß in der KSZE erwogen werden sollte, ihre Fähigkeit weiterzuentwickeln, mit friedlichen Mitteln Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Fällen eindeutiger grober und nicht behobener Verstöße gegen einschlägige KSZE-Verpflichtungen zu schützen, falls erforderlich ohne Zustimmung des betroffenen Staates;

- daß das Büro für Freie Wahlen in ein breiter angelegtes Büro für Demokratische Institutionen zur Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umgestaltet wird;

- daß die Überwachung und Förderung des Fortschritts in Fragen der Menschlichen Dimension in Form periodischer Treffen von kurzer Dauer über klar umrissene Themen fortgesetzt wird;

- daß der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und umweltpolitischen Zusammenarbeit zusätzliche politische Impulse gegeben werden, um den Wohlstand als Grundlage einer stabilen und demokratischen Entwicklung zu vergrößern.

Rüstungskontrolle

15. Wir unterstützen nachhaltig die Initiative von Präsident Bush vom 27. September 1991, die neue Aussichten für die Reduzierung von Nuklearwaffen eröffnet hat. Wir begrüßen auch Präsident Gorbatschows Antwort. Ganz besonders begrüßen wir die Entscheidung beider Seiten, ihre nuklearen Gefechtsköpfe für bodengestützte Waffensysteme kurzer Reichweite zu eliminieren. Die betroffenen Verbündeten haben durch ihre Konsultationen eine zentrale Rolle bei der Entscheidung von Präsident Bush gespielt, die die Rüstungskontrollziele der Londoner Erklärung erfüllt. Sie werden sich auch künftig eng über den Prozeß der Eliminierung von bodengestützten SNF-Gefechtsköpfen bis zu seinem Abschluß konsultieren. Wir werden uns weiterhin für Sicherheit bei einem zur Wahrung von Frieden und Stabilität ausreichenden Minimum an Nuklearwaffen einsetzen. Wir erwarten die baldige Ratifizierung des kürzlich unterzeichneten START-Vertrages.

16. Wir verzeichnen mit Genugtuung die jüngsten Erfolge im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung. Wir unterstreichen erneut die außerordentliche Bedeutung, die wir dem KSE-Vertrag beimessen, und fordern alle KSE-Unterzeichnerstaaten auf, ihn bald zu ratifizieren und zu implementieren. Wir fordern unsere Verhandlungspartner nachdrücklich auf, gemeinsam mit uns auf substantielle Vereinbarungen in den KSE-IA- und VSBM-Verhandlungen hinzuarbeiten, und bleiben dem Ziel verpflichtet, bis zum KSZE-Folgetreffen in Helsinki konkrete Ergebnisse zu erreichen. Wir begrüßen die Wiederaufnahme der Verhandlungen über "Offene Himmel"; bis zum Beginn des Folgetreffens von Helsinki erwarten wir die Einigung auf ein Vertragswerk über "Offene Himmel" als wichtiges neues Element größerer

Offenheit und der Vertrauensbildung im militärischen Bereich.

17. Das Treffen von Helsinki wird einen Wendepunkt im Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozeß in Europa bedeuten, jetzt unter Teilnahme aller KSZE-Staaten. Dies bietet eine einmalige Gelegenheit, diesen Prozeß energisch voranzutreiben. Es wird unser Ziel sein, eine neue, auf Kooperation aufgebaute Ordnung zu gestalten, in der kein Staat Befürchtungen um seine Sicherheit hegen muß, und zwar durch:

Festigung von Sicherheit und Stabilität auf niedrigerem Streitkräfteniveau soweit wie möglich und vereinbar mit legitimen Sicherheitsbedürfnissen der Staaten sowohl innerhalb wie auch außerhalb Europas; einen intensivierten Sicherheitsdialog in einem ständigen Rahmen und durch Förderung einer neuen Qualität der Transparenz und Zusammenarbeit bei den Streitkräften und in der Verteidigungspolitik;

- Förderung wirksamer Mechanismen und Instrumente zur Konfliktverhütung.

18. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme untergräbt die internationale Sicherheit. Lieferungen konventioneller Rüstungsgüter in Spannungsgebiete, die über legitime Verteidigungsbedürfnisse hinausgehen, erschweren friedliche Lösungen von Streitigkeiten. Wir unterstützen die Einrichtung eines weltweiten und nicht-diskriminierenden Registers für Lieferungen konventioneller Waffen durch die Vereinten Nationen. Wir unterstützen Schritte, mit denen andere Aspekte der Proliferation sowie sonstige Initiativen zur Vertrauensbildung und Untermauerung der internationalen Sicherheit behandelt werden sollen. Wir hatten es auch für wesentlich, daß im nächsten Jahr ein weltweites, umfassendes und wirksam verifizierbares Verbot chemischer Waffen zustande kommt. Wir begrüßen die positiven Ergebnisse der Dritten Überprüfungskonferenz zum B-Waffen-Übereinkommen, vor allem den Beschluß, die Möglichkeit der Verifikation zu erkunden.

Größere Herausforderungen

19. Unser Strategisches Konzept unterstreicht, daß die Sicherheit des Bündnisses im globalen Zusammenhang gesehen werden muß. Es zeigt vielfältigere Risiken auf, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Unterbrechung der Versorgung mit lebenswichtigen Ressourcen sowie Terror- und Sabotage-Akten, welche die Sicherheitsinteressen des Bündnisses berühren können. Wir bekräftigen erneut die Bedeutung der im Bündnis bestehenden Verfahren zur Konsultation unter den Verbündeten nach Artikel 4 des Vertrages von Washington und, wo angezeigt, zur Koordinierung unserer Bemühungen einschließlich unserer Reaktion auf solche Risiken. Wir werden auch künftig in unseren Konsultationen und in den geeigneten multilateralen Gremien in weitestmöglicher Zusammenarbeit mit anderen Staaten den größeren Herausforderungen begegnen.

20. Das Nordatlantische Bündnis wurde mit zwei Zielen gegründet: die Verteidigung der Hoheitsgebiete seiner Mitgliedstaaten sowie die Wahrung und

Förderung der ihnen gemeinsamen Werte. In einer immer noch ungewissen Welt bleibt die Notwendigkeit zur Verteidigung. Doch in einer Welt, in der die Werte, für die wir eintreten, immer breitere Anerkennung finden, freuen wir uns über die Gelegenheit und nutzen sie, unsere Verteidigung entsprechend anzupassen, mit unseren neuen Partnern zusammenzuarbeiten und zu konsultieren, an der Festigung des nun ungeteilten europäischen Kontinents mitzuwirken und den Beitrag unseres Bündnisses zu einer neuen Ära des Vertrauens, der Stabilität und des Friedens zu erbringen.

21. Wir drücken der Italienischen Republik unseren tiefen Dank für die uns gewährte Gastfreundschaft aus.